

ProtokollGremium: Kreistag

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 14.12.2022
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 19:07 Uhr
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:**Kreistagsabgeordnete/r**

Herr Dirk Bakenhus
Frau Claudia Beeken
Herr Knut Bekaen
Herr Thorsten Bohmann
Herr Hartmut Bollen
Herr Hartmut Bruns
Frau Maria Bruns
Herr Jörg Brunßen
Herr Hergen Erhardt
Herr Alexander Essen von
Frau Evelyn Fisbeck
Frau Katharina Fischer-Sordon
Herr Dr. Hans Fittje
Herr Heinrich Gerstenkorn
Herr Jannes Hoormann
Herr Heino Hots
Herr Bernd Janßen
Herr Georg Köster
Herr Rüdiger Kramer
Herr Torsten Kuck
Frau Susanne Lamers
Frau Beate Logemann
Herr Frank Lukoschus
Herr Björn Meyer
Frau Susanne Miks
Herr Jens-Gert Müller-Saathoff
Herr Holger Mundt
Herr Jens Nacke
Herr Hermann Nee
Herr Frank Oeltjen
Herr Hartmut Orth
Herr Jochen Osmer
Herr Stefan Pfeiffer
Frau Birgit Rowold
Frau Monika Sager-Gertje
Herr Frerk Schmidt
Frau Kirsten Schnörwangen
Frau Irmgard Stolle

Herr Stefan Töpfel
Frau Ute Treber
Herr Dr. Peter Wengelowski
Frau Kira Wiechert

von der Verwaltung

Frau Landrätin Karin Harms
Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann
Herr Kreisrat Ingo Rabe

Protokollführerin

Frau Claudia Hobbiebrunken
Frau Annemarie Schröder

Abwesend:

Kreistagsabgeordnete/r

Frau Lina Bischoff
Herr Benjamin Dau
Frau Merle Heßler
Herr Axel Hohnholz
Herr Jan Hullmann
Herr Dennis Rohde
Herr Lars Schmidt-Berg
Herr Klaus Warnken

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Kreistages vom 13.10.2022
- 5 Verwaltungsbericht
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Verpflichtung des Kreistagsabgeordneten Jannes Hoormann nach § 60 NKomVG
Vorlage: MV/103/2022
- 8 Neubesetzung von Fachausschüssen, eines Betriebsausschusses und Vertretung in einer Gesellschafterversammlung sowie Bestellung eines beratenden Mitgliedes im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt
Vorlage: BV/195/2022
- 9 Nachbesetzung eines Sitzes und stellvertretender Sitze im Kreisausschuss
Vorlage: BV/196/2022
- 10 Ehrenamtliche Vertretung der Landrätin (§ 81 Abs. 2 NKomVG) Wahl einer/eines ehrenamtlichen Vertreterin/Vertreters der Landrätin ab dem 01.01.2023
Vorlage: BV/197/2022

(Kreisausschuss 07.12.2022)

- 11 Koordinierungsstelle Pflegeportal
Vorlage: BV/188/2022
- 12 Unterbringung von Schutzsuchenden – Dorf Edewecht
Vorlage: BV/191/2022
- 13 Abschluss einer Zweckvereinbarung
Vorlage: BV/193/2022

(Straßenbauausschuss 01.09.2022)

- 14 Abstandsmessanlage des Polizeikommissariats BAB Oldenburg (Rastede)
Vorlage: BV/114/2022

(Aufsichtsrat KVHS am 03.11.2022)

- 15 Wirtschaftsplan 2023 der Kreisvolkshochschule Ammerland gGmbH einschließlich Stellenplan als Unternehmensplan mit Investitions-/Finanzierungsplan
Vorlage: BV/143/2022

(Sozialausschuss am 09.11.2022)

- 16 Förderung der Erwerbslosenberatungsstellen 2023
Vorlage: BV/151/2022
- 17 Fachstelle Sucht des Diakonischen Werks im Landkreis Ammerland, Bad Zwischenahn, Jahreszuschuss für 2023
Vorlage: BV/149/2022
- 18 Fachstelle für Sucht und Suchtprävention Rose 12, Bad Zwischenahn Träger: STEP gGmbH, Hannover Jahreszuschuss 2023
Vorlage: BV/150/2022

(Schulausschuss am 17.11.2022)

- 19 Schülerbeförderung im freigestellten Schülerverkehr; Preisanpassung Erhöhung Mindestlohn
Vorlage: BV/155/2022
- 20 Planungsauftrag zur Errichtung einer Förderschule „G“ in einer Schulträgerschaft durch den Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/154/2022

(Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb am 22.11.2022)

- 21 Änderung der Satzung des Landkreises Ammerland über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)
Vorlage: BV/137/2022
- 22 Wirtschaftsplan 2023 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/136/2022
- 23 Neufassung der Satzung des Landkreises Ammerland über die Regelung des Anschluss- und Benutzungszwanges bei der Abfallentsorgung (AB-Satzung)
Vorlage: BV/170/2022
- 24 Wirtschaftsplan BgA 2023 (Betrieb gewerblicher Art) Containerstellplätze/Papiersammlung/Abfallberatung Duales System Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/138/2022

(Haushalts- und Personalausschuss am 24.11.2022)

- 25** a) Jahresabschluss per 31.12.2020; Unterrichtung und Beschlussfassung über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen zum Jahresabschluss 2020; b) Jahresabschluss per 31.12.2020; Feststellung und Beschlussfassung über die Höhe der gebildeten investiven Haushaltsreste per 31.12.2020 c) Jahresabschlusses per 31.12.2020; Feststellung Ergebnis und deren Verwendung einschl. Entlastung der Landrätin
Vorlage: BV/172/2022
- 26** Haushaltsplan 2023 a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2023 einschl. Stellenplan b) Finanzplanung 2024 - 2026
Vorlage: BV/175/2022

(Betriebsausschuss Eigenbetrieb Immobilienbetreuung am 07.12.2022)

- 27** Jahresabschluss 2021 für den Eigenbetrieb Immobilienbetreuung a) Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes b) Entlastung der Betriebsleitung
Vorlage: BV/185/2022
- 28** Aufnahme und Umschuldung von Krediten im Haushaltsjahr 2023
Vorlage: BV/186/2022
- 29** Wirtschaftsplan 2023 für den Eigenbetrieb Immobilienbetreuung
Vorlage: BV/187/2022
- 30** Mitteilungen der Landrätin
- 31** Anfragen und Hinweise
- 32** Einwohnerfragestunde
- 33** Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Bohmann eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Die Mitglieder des Kreistages erheben sich von den Plätzen und gedenken des verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Theodor Mülder.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Bohmann stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Kreistages vom 13.10.2022

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Verwaltungsbericht

Landrätin Harms erstattet den Verwaltungsbericht, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Zu TOP 6 Einwohnerfragestunde

Vor der Sitzung haben Schülerinnen und Schüler der Rasteder Schule am Voßbarg für den Erhalt ihrer Schule demonstriert. Im Rahmen der Einwohnerfragestunde werden von verschiedenen Schülerinnen und Schülern folgende Fragen gestellt:

- Wie geht die Kreisverwaltung mit dem Thema Mobbing um?
- Warum soll die Schule am Voßbarg geschlossen werden?
- Was macht der Landkreis mit dem Gebäude der Schule am Voßbarg, wenn diese im Jahr 2028 geschlossen werden würde?
- Was passiert mit der Schule?

LR'in Harms beantwortet die Fragen wie folgt:

- Mobbing sollte nicht stattfinden und es müsse alles dafür getan werden, um Mobbing zu vermeiden.
- Eine Schließung der Schule am Voßbarg sei noch nicht beschlossen. Es würden noch viele Fragen zu klären sein und von Schließung sei noch keine Rede.
- Das Gebäude stehe im Eigentum der Gemeinde Rastede und die Nachnutzung liege in deren Zuständigkeit.
- Eine endgültige Entscheidung könne erst nach Abklärung verschiedener Details erfolgen und die Entwicklung müsse abgewartet werden. Zurzeit würden noch keine konkreten Maßnahmen feststehen.

**Zu TOP 7 Verpflichtung des Kreistagsabgeordneten Jannes Hoormann nach § 60 NKomVG
Vorlage: MV/103/2022**

Vors. Bohmann begrüßt Herrn Hoormann als Nachfolger von KA Kreklau wünscht ihm eine gute Zeit und viel Erfolg.

LR'in Harms heißt KA Hoormann herzlich willkommen und verpflichtet ihn auf Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungs- und Vertretungsverbot.

**Zu TOP 8 Neubesetzung von Fachausschüssen, eines Betriebsausschusses und Vertretung in einer Gesellschafterversammlung sowie Bestellung eines beratenden Mitgliedes im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt
Vorlage: BV/195/2022**

Es wird einstimmig beschlossen:

- a) Die Neubesetzung der Fachausschüsse, die Besetzung eines Betriebsausschusses, die Besetzung des Verwaltungsrates Ammerland-Klinik GmbH sowie die Vertretung in der Verbandsversammlung des Ems-Weser-Elbe Versorgungs- und Entsorgungsverbands werden festgestellt.
- b) Herr Uwe Ralle wird als beratendes Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt abberufen.

Als Nachfolger wird Herr Renko Eilts als beratendes Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt berufen.

**Zu TOP 9 Nachbesetzung eines Sitzes und stellvertretender Sitze im Kreisausschuss
Vorlage: BV/196/2022**

KA Miks verweist zum Sachverhalt auf das Schreiben der Fraktion B90/Die Grünen vom 27.11.2022, in dem die Bitte auf Abberufung als stellv. Landrätin und als Mit-

glied im Kreisausschuss beantragt wurde. Sie führt aus, dass sie aus persönlichen Gründen kürzer treten wolle. Die Aufgabe der stellv. Landrätin sei eine anspruchsvolle und verantwortungsvolle Aufgabe und würde viel Zeit in Anspruch nehmen. Neben ihrer Berufstätigkeit könne sie die ehrenvolle Tätigkeit als stellv. Landrätin nicht mehr gewissenhaft ausüben. Sie habe einen Punkt erreicht, an dem sie umdenken müsse. Die Tätigkeit als stellv. Landrätin sei für sie eine große Ehre gewesen und sie habe diese immer gerne ausgeübt. Sie bittet um ihre Abberufung.

Vors. Bohmann dankt KA Miks für ihre Tätigkeit als stellv. Landrätin, die sie mit viel Herzblut und gewissenhaft ausgeübt habe.

Es wird einstimmig beschlossen:

KA Miks wird als Mitglied und KA Köster als stellv. Mitglied aus dem Kreisausschuss abberufen.

KA Müller-Saathoff wird als Mitglied und KA Miks und KA Hoormann werden als stellv. Mitglieder in den Kreisausschuss berufen.

**Zu TOP 10 Ehrenamtliche Vertretung der Landrätin (§ 81 Abs. 2 NKomVG) Wahl einer/eines ehrenamtlichen Vertreterin/Vertreters der Landrätin ab dem 01.01.2023
Vorlage: BV/197/2022**

KA Köster schlägt KA Müller-Saathoff für die Tätigkeit des stellv. Landrates vor.

Es wird bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen:

KA Miks wird als stellv. Landrätin abberufen.

Sodann wird KA Jens-Gert Müller-Saathoff als stellv. Landrat einstimmig gewählt.

KA Müller-Saathoff nimmt die Wahl an und bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er wolle die Tätigkeit nach bestem Wissen und Gewissen ausüben.

LR'in Harms dankt KA Miks für ihre Tätigkeit als stellv. Landrätin und für die gute Zusammenarbeit.

LR'in Harms gratuliert KA Müller-Saathoff zur Wahl zum stellv. Landrat und wünscht viel Freude und gutes Gelingen.

Vors. Bohmann schließt sich den Glückwünschen an.

**Zu TOP 11 Koordinierungsstelle Pflegeportal
Vorlage: BV/188/2022**

Es wird einstimmig beschlossen:

Das Projekt Pflegeportal Weser-Ems ist durch die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle fortzuführen. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 10.600,00 € sind bei der Haushaltsplanung für eine Laufzeit von zunächst drei Jahren (4.200,00 € p.a.) berücksichtigt.

**Zu TOP 12 Unterbringung von Schutzsuchenden – Dorf Edewecht
Vorlage: BV/191/2022**

KA Brunßen geht auf den am 14. Dezember veröffentlichten Presseartikel in der Nordwest-Zeitung ein. Der Artikel habe ihn dahingehend irritiert, als dass zwei neue Koordinatoren zur Verfügung stehen würden und die Johanniter als Betreiber des „Dorf Edewecht“ benannt worden seien. Die Mitglieder des Kreistages seien darüber im Vorfeld nicht informiert worden. Er habe im Kreisausschuss nachgefragt, ob die Wahl eines Betreibers durch den Kreistag entschieden bzw. über eine Auswahl informiert werde. Dass die Johanniter das Dorf Edewecht betreiben sollen, habe der Kreistag bisher nicht entschieden.

KA Brunßen merkt des Weiteren an, dass es Konsens gewesen sei, überwiegend ukrainische Flüchtlinge im „Dorf Edewecht“ unterzubringen. Dies sei auch in einer ersten Anwohnerversammlung mitgeteilt worden. Dem Presseartikel der Nordwest-Zeitung sei eine Tendenz dahingehend zu entnehmen, dass auch Flüchtlinge aus anderen Ländern im „Dorf Edewecht“ untergebracht werden sollen. Es sei richtig und wichtig, dass jeder/jede Schutzsuchende Hilfe erfahren müsse. In der Öffentlichkeit sei aber kommuniziert worden, dass überwiegend ukrainische Flüchtlinge im „Dorf Edewecht“ aufgenommen werden sollen. Die Anlieger würden bei den einzelnen Fraktionen nachfragen und um Stellungnahme zur Unterbringung von Flüchtlingen aus anderen Ländern bitten. Er bittet um Klarstellung und ggf. für die Öffentlichkeit um eine Aufklärung in einem Presseartikel.

KR Rabe geht zunächst auf die Frage nach den Koordinatoren ein. Er erläutert, dass eine Schnittstelle zwischen dem Betreiber der Einrichtung in Edewecht und dem Landkreis Ammerland benötigt werde. Über die gesamte Laufzeit könne diese Tätigkeit nicht von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der Kreisverwaltung übernommen werden. Es sei überlegt worden, einen Koordinator einzustellen, der Erfahrung mit der Arbeit der Kreisverwaltung habe, aber auch die Bedingungen vor Ort beim geplanten „Dorf Edewecht“ kenne. Man habe mit Herrn Diedrich als langjährigen ehemaligen Mitarbeiter der Kreisverwaltung in verschiedenen Funktionen und zuletzt als Amtsleiter des Jugendamtes eine kompetente Person gefunden, die die Aufgabe des Koordinators übernehmen wolle. Des Weiteren habe man Herrn Marczewski aus Ostrhauderfehn gewinnen können. Herr Marczewski habe als ehemaliger Berufssoldat im Sanitätsdienst im Ausland langjährige Erfahrungen in organisatorischen Angelegenheiten und mit dem Aufbau von Infrastrukturen. Mit Herrn

Diedrich und Herrn Marczewski seien zwei Personen gefunden worden, die aus Sicht der Kreisverwaltung sehr geeignet für den Aufbau des „Dorf Edewecht“ seien.

KR Rabe führt zu den Johannitern als wahrscheinliche Betreiber des „Dorf Edewecht“ aus, dass der Zuschlag noch nicht erteilt worden sei. Ein finales Angebot würde der Kreisverwaltung noch nicht vorliegen. Er erläutert, dass verschiedene Hilfsorganisationen angesprochen worden seien. Letztendlich hätten nur die Johanniter Bereitschaft erklärt, als Betreiber tätig zu werden. Der Landkreis habe mit den Johannitern bisher in anderen Bereichen sehr gut zusammengearbeitet und man halte die Organisation für kompetent und geeignet, als Betreiber des „Dorf Edewecht“ tätig zu werden. Ein weiteres Argument, das für die Johanniter spreche, sei die Ortsnähe. Dadurch sei die Möglichkeit gegeben, Dinge vor Ort zu klären.

Zur Zusammensetzung der Bewohner im „Dorf Edewecht“ führt KR Rabe aus, dass vorrangig die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine vorgesehen sei. Nach Möglichkeit solle eine Vermischung von unterschiedlicher Kultur und Ethnien vermieden werden. Er weist darauf hin, dass den kreisangehörigen Gemeinden und der Stadt Westerstede kaum noch Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zur Verfügung stehen würden. Insofern sei nicht völlig auszuschließen, dass im „Dorf Edewecht“ auch Flüchtlinge anderer Herkunft untergebracht werden müssten, wenn freie Container zur Verfügung stünden.

KR Rabe macht deutlich, dass das „Dorf Edewecht“ für maximal zwei Jahre mit einer Verlängerungsoption von einem Jahr betrieben werden solle. Eine Dauereinrichtung sei nicht vorgesehen. Er macht nochmals deutlich, dass es Ziel sei, vorrangig ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen.

KA Schmidt dankt KR Rabe für die Ausführungen und die Begründungen. Im Kreisausschuss sei bereits diskutiert worden, dass es schwierig sei, ukrainische Flüchtlinge mit Schutzsuchenden aus anderen Ländern zusammenzuführen. Die AfD sei des Weiteren wegen der Zukunft des „Dorf Edewecht“ sehr besorgt. Es würden für 4,25 Mio. Euro Container und anderes angeschafft und er befürchte, dass das Dorf zu einer Dauereinrichtung werde, wenn der Migrationsdruck aus anderen Ländern nicht nachlasse. Es bleibe zu hoffen, dass der Krieg in der Ukraine schnell beendet werde. Dadurch sei aber zu befürchten, dass die Container umgenutzt werden und es doch zu einer Dauereinrichtung kommen könne. Die AfD werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

KA Dr. Fittje schließt sich den Ausführungen von KA Brunßen an. Auch er wäre gerne vom Landkreis im Vorfeld informiert worden, wenn eine Auswahl oder Entscheidung für das „Dorf Edewecht“ getroffen werde und nicht über die Presse. Es sei der Eindruck entstanden, dass die Kreisverwaltung einen sehr weiten Spielraum nutze. Seiner Meinung nach sollte der Kreistag mitbestimmen, wenn Entscheidungen für das Dorf Edewecht getroffen werden müssen. Die Bürger würden bei den Kreistagsabgeordneten nachfragen und es sei unbefriedigend, wenn keine klaren Aussagen gegeben werden können.

KA Lamers dankt KR Rabe für seine Ausführungen. Die CDU-Fraktion schätze sehr, mit wieviel Herzblut die Kreisverwaltung versuche, einen geeigneten Betreiber zu

finden, der nach Möglichkeit vor Ort ansässig sei. Man habe Bedenken dahingehend, ob die Auswahl eines Betreibers eine Entscheidung der Verwaltung oder ob es eine politische Entscheidung sei. Es stelle sich die Frage, ob die Politik an dem Abschluss eines Betreibervertrag beteiligt werde. Die Bedenken würden nicht aus Misstrauen gegen die Kreisverwaltung herrühren, sondern aufgrund der Anfragen von Bürgerinnen und Bürger. Das Dorf Edewecht betreffe alle Kommunen des Landkreises Ammerland und nicht nur die Gemeinde Edewecht.

KA Lamers führt weiter aus, dass laut Aussage von KR Dr. Jürgens, das „Dorf Edewecht“ nur ein erster Schritt sein werde. Es sei mit weiteren Flüchtlingen zu rechnen. In Rastede würden die ersten Turnhallen und Dorfgemeinschaftshäuser für die Unterbringung von Flüchtlingen hergerichtet. Sie fragt nach, ob es zur Vermeidung der Belegung von Dorfgemeinschaftshäusern und Turnhallen ein Konzept oder weitere Angebote seitens des Landkreises gebe.

KR Rabe macht deutlich, dass er nicht in die Zukunft blicken könne und es ungewiss sei, wieviel Flüchtlinge noch im Landkreis Ammerland untergebracht werden müssen. BM Rösner habe bereits angekündigt, dass ggf. auch andere Gemeinden oder die Stadt Westerstede zentrale Unterkünfte für Schutzsuchende schaffen müssen. Der Landkreis sehe die Nutzung von Dorfgemeinschaftshäusern und Turnhallen, die für das sonstige gesellschaftliche Leben benötigt werden, allenfalls als Übergangslösung.

KR Rabe führt zum Vergaberecht aus, dass es sich um ein Verhandlungsverfahren handele, bei dem ein schnelles Ergebnis erzielt werden solle. Das Rechnungsprüfungsamt sei eingebunden. Es sei deutlich geworden, dass auch der Kreistag über die Vergabe informiert werden wolle. Die Mitglieder des Kreisausschusses hätten aber weitergehende Informationen gehabt. Es sei verständlich, dass Kreistagsabgeordnete Erklärungen und Antworten gegenüber Bürgerinnen und Bürgern geben wollen.

LR'in Harms weist darauf hin, dass die Anwohnerversammlung am 12. Dezember stattgefunden habe und aus der Anwohnerversammlung heraus seien Bürgeranfragen beantwortet worden, die vorab nicht in den Gremien hätten beraten werden können. Ziel sei es, die Bürgerinnen und Bürger transparent mitzunehmen. Die NWZ habe den Artikel zeitnah veröffentlicht und es habe keine Gelegenheit mehr gegeben, die Politik rechtzeitig vorher zu informieren. Der Hinweis sei zur Kenntnis genommen worden und es werde versucht, zukünftig Informationen vor Veröffentlichungen in der Nordwest-Zeitung an die Politik weiterzugeben.

KA Lukoschus führt aus, dass das Thema „Dorf Edewecht“ schon seit langem auf der Agenda stehe und es sei bereits oft und lange darüber diskutiert worden. Seiner Meinung nach und nach Meinung seiner Gruppe werde das Projekt als Sammelunterkunft grundsätzlich kritisch betrachtet. Eine Verteilung der Schutzsuchenden auf die Gemeinden/Stadt sei aber nicht mehr möglich und es müsse mit weiteren Schutzsuchenden gerechnet werden. Die Einrichtung des „Dorf Edewecht“ halte er daher jetzt für die richtige Lösung. Die Maßnahmen durch die Verwaltung, die nach Abstimmung und Diskussion der Kreistagsabgeordneten vorgenommen worden sei-

en, seien für ihn persönlich nachvollziehbar. Die Unterbringung von den Flüchtlingen sei auch in allen anderen Gemeinden/der Stadt Westerstede ein Problem. Die Gemeinde Edeweicht habe allen anderen Gemeinden/der Stadt durch die Einrichtung des „Dorf Edeweicht“ vorerst eine große Last abgenommen. Es sei aber nicht zu verhehlen, dass weiter große Herausforderungen auf alle Gemeinden und die Stadt Westerstede zukommen werden und ggf. müssten dort ähnliche Modelle wie das „Dorf Edeweicht“ entwickelt werden. Für die Schutzsuchenden müssen Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden und es sei schwer, zwischen ukrainischen Flüchtlingen und Flüchtlingen aus anderen Ländern zu unterscheiden. Es sei seiner Meinung nach zukünftig nicht zu leisten, die verschiedenen Nationalitäten getrennt unterzubringen. Er fühle sich von der Kreisverwaltung gut mitgenommen und man müsse Verständnis für das Handeln der Kreisverwaltung haben. Der Hinweis auf den mangelnden Informationsfluss sei aber nachvollziehbar. Um ein zufriedenstellendes Ergebnis zu bekommen, müsse man das Projekt gemeinsam angehen.

KA Müller-Saathoff erinnert an die letzte Kreistagssitzung in der deutlich geworden sei, wie dramatisch die Situation und wie hoch der Handlungsbedarf sei. Zum heutigen Zeitpunkt könne er sich nur bedanken, dass in so kurzer Zeit die Entwicklung des „Dorf Edeweicht“ vorangeschritten und die Beschaffung der Container möglich gemacht worden sei. Die Einstellung der Koordinatoren und die Bemühungen, einen Betreiber zu finden, halte er für eine überragende Leistung. Dass sich Informationslücken aufgetan hätten oder auftun werden, lasse sich leider aufgrund der kurzen Zeit nicht vermeiden und sei seiner Meinung nach zu verzeihen. Es werde weiterhin hoher Einsatz gefordert, wenn im nächsten Jahr mit weiteren 1.400 Flüchtlingen gerechnet werde. Vorgesehen sei, dass das Betreiben des „Dorf Edeweicht“ zeitlich begrenzt sei. Die Aufnahme von nicht ukrainischen Flüchtlingen werde in Edeweicht problematisch gesehen und die Informationen an die Edeweichter Bürgerinnen und Bürger seien evtl. zu kurz gekommen. Für die Fraktion B90/Die Grünen gelte die Menschenrechtskonvention und Kriegsflüchtlingen sollte Schutz gegeben werden. Für die noch zu erwartenden Flüchtlinge müsse man auch in den anderen Gemeinden und der Stadt Westerstede tätig werden. Container seien transportabel und könnten ggf. bei Bedarf in den anderen Gemeinden/der Stadt eingesetzt werden. Es könne davon ausgegangen werden, dass das Dorf Edeweicht nicht das einzige Containerdorf bleiben werde. Durch die Bemühungen der Kreisverwaltung sei der Landkreis Ammerland gut vorbereitet. Der Verlauf müsse abgewartet werden. Man müsse sich gegenseitig unterstützen und zusammenhalten, dann könne auch eine Unterbringung der Flüchtlinge in den anderen kreisangehörigen Gemeinden/der Stadt Westerstede gelingen. Auch nach dem Ende des Krieges in Russland und der Ukraine werde es weitere Kriege mit Flüchtlingsströmen geben und auch mit Klimaflüchtlingen müsse gerechnet werden. Damit werde man in der Northwest-Region immer Flüchtlinge haben. Der Landkreis beginne damit, sich für die Aufnahme von Flüchtlingen gut aufzustellen.

KA Oeltjen merkt an, dass die Diskussion zeige, dass alle sehr engagiert mit der Thematik umgehen würden. Er führt aus, dass ein Containerdorf im Ammerland gebaut werde und niemand damit Erfahrung habe. Insofern betrete man Neuland und Probleme seien vorprogrammiert. Der Landkreis und der Kreistag hätten sich entschieden, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, die originär bei den Gemeinden und

der Stadt Westerstede angesiedelt seien. Die Stadt und die Gemeinden hätten den Landkreis um Hilfe gebeten, die auch gerne gewährt werde, weil man diese Aufgabe zusammen bewerkstelligen müsse. Bei den Informationsflüssen müsse an Verbesserungen gearbeitet werden. Dabei seien die einzelnen Gemeinden/Stadt Ansprechpartner und nicht nur der Landkreis. Insofern müssten auch die Gemeinderäte und der Stadtrat, die Bürgermeisterin/die Bürgermeister und entsprechende Gremien Informationen erhalten. Die Informationen sollten vielschichtig weitergegeben werden.

KA Oeltjen führt weiter aus, dass bei der ersten Informationsveranstaltung zum Dorf Edewecht, an der er teilgenommen habe, deutlich gemacht worden sei, dass das Dorf Edewecht nur für eine begrenzte Zeit in Edewecht für zwei, maximal drei Jahre betrieben werden solle. Es sei nicht geplant, das „Dorf Edewecht“ mit einer anschließenden Nutzung weiter zu betreiben. Die Nutzungsdauer sei auch baurechtlich nur für max. drei Jahre genehmigt worden. Bei weiteren Flüchtlingszuströmen müsse damit gerechnet werden, dass ein weiteres Containerdorf oder auch mehrere Containerdörfer benötigt würden. Mit der Einrichtung seien die übrigen kreisangehörigen Gemeinden und die Stadt Westerstede überfordert. Über die Nachnutzung der Container nach Auflösung des Containerdorfes müsse man sich zu gegebener Zeit Gedanken machen. Fakt sei, dass weiterhin eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen das Ziel sein müsse.

KA Oeltjen geht im Weiteren auf die Unterbringung von Flüchtlingen aus anderen Ländern ein. Bei der Anwohnerversammlung sei deutlich gemacht worden, dass im „Dorf Edewecht“ in erster Linie ukrainische Flüchtlinge untergebracht werden sollen, insbesondere Frauen mit Kindern und auch ältere Menschen. Sollte es Probleme geben, Flüchtlinge aus anderen Ländern in den Gemeinden oder der Stadt Westerstede unterzubringen, müsse über eine Aufnahme im „Dorf Edewecht“ nachgedacht werden. Dabei müsse auf die Zusammensetzung der dort unterzubringenden Personen geachtet werden. Er habe zur Kreisverwaltung volles Vertrauen in der Abarbeitung, Zuweisung und Betreuung des Dorf Edewecht. Er appelliert an die Kreistagsmitglieder, das Projekt positiv zu begleiten. Es bleibe zu hoffen, dass in zwei oder drei Jahren der Krieg beendet sei. Dennoch werde das Thema Krieg und Flucht ein weltweites Thema bleiben.

KA Köster fragt nach, ob es bei einem Geschäft der laufenden Verwaltung bleibe, wenn der Kreistag bzw. der Kreisausschuss Interesse an der Mitbestimmung eines Betreibers für das Dorf Edewecht bekunde. Nach seiner Information dürfe der Kreistag entscheiden.

KR Rabe erläutert, dass der Kreistag die Betreiberauswahl grundsätzlich entscheiden könne. Er bittet darum, der Kreisverwaltung das entsprechende Vertrauen in der Abwicklung des Verfahrens zu geben.

KA Kramer macht deutlich, dass die Einrichtung des „Dorf Edewecht“ eine eilige Angelegenheit sei. Das Verfahren werde sicherlich verlängert, wenn der Kreistag ein Mitspracherecht haben wolle. Man sei durch die Ausführungen der Kreisverwaltung umfassend über das weitere Verfahren informiert worden und werde auch zukünftig

rechtzeitig über das Vorgehen informiert werden. Er habe Vertrauen in die Verwaltung und sehe die Aufgabe als Geschäft der laufenden Verwaltung.

KA Schmidt hält die Beauftragung der Johanniter für gut und sinnvoll im Sinne des Landkreises Ammerland. Die Johanniter würden keine privatrechtlichen Ziele verfolgen, sondern eher gemeinnützig wirken. Er fragt nach, ob es eine Diskussion auf Landesebene bzw. zwischen Kommunen und Land dahingehend gebe, ob das Land Kapazitäten frei machen wolle, um Flüchtlinge unterzubringen.

KR Rabe antwortet, dass die Kommunen mehrfach entsprechende Forderungen an das Land über die Spitzenverbände herangetragen hätten. Das Land Niedersachsen habe im Jahr 2016 deutlich mehr Erstaufnahmeplätze im Zuge der damaligen Flüchtlingswelle bereitgestellt. Die Kommunen würden Forderungen an das Land stellen, die eigenen Kapazitäten auszubauen. Es habe Situationen gegeben, dass die Landesaufnahmestellen nicht ausgelastet gewesen und die Flüchtlinge trotzdem an die Kommunen verwiesen worden seien, die bereits Turnhallen und Dorfgemeinschaftshäuser für die Flüchtlingsaufnahmen in der Nutzung gehabt hätten.

KA Brunßen macht abschließend deutlich, dass es ihm letztendlich um die fehlende Kommunikation gegangen und man erst aus der Zeitung über gewisse Themen informiert worden sei. Er macht deutlich, dass die CDU-Fraktion großes Vertrauen in die Kreisverwaltung habe und weist darauf hin, dass Kreistagsabgeordnete von Flüchtlingshelfern eingeladen worden seien, die mit einer Einrichtung in Jeddelloh I zu tun hätten. Dabei die deutlich geworden, dass man dort mit den Johannitern als Betreiber nicht zufrieden sei. Es werde akzeptiert, dass die Kreisverwaltung die Johanniter als Betreiber für das „Dorf Edewecht“ einsetzen wolle. Er habe sich aber eine Kommunikation im Vorfeld der Entscheidung gewünscht. Da es keine weiteren Anbieter gegeben habe, müsse die Auswahl akzeptiert werden.

Es wird bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen:

Für

- 1) die Herrichtung des ehemaligen Baumschulgeländes Heinje in Edewecht als Containerdorf zur Unterbringung von bis zu 500 Schutzsuchenden sowie
- 2) den Ankauf von 320 Containern nebst Mobiliar für Wohn- und Küchencontainer

werden im Haushalt 2022 insgesamt 4,25 Mio. € als außerplanmäßige Auszahlung bereitgestellt. Die Deckung erfolgt über Mehrerträge bei den Finanzausgleichsleistungen.

**Zu TOP 13 Abschluss einer Zweckvereinbarung
Vorlage: BV/193/2022**

Es wird einstimmig beschlossen:

- a) Dem Abschluss einer Zweckvereinbarung auf der Grundlage des anliegenden Entwurfs im Waffen- und Sprengstoffrecht wird zugestimmt.
- b) Der Sachstandsbericht zu Zuständigkeiten in anderen Rechtsgebieten wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 14 Abstandsmessanlage des Polizeikommissariats BAB Oldenburg (Rastende)
Vorlage: BV/114/2022

KA Fisbeck teilt mit, dass sie dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Sie erklärt, dass sie schon in der Vergangenheit gegen die Blitzergeräte gewesen sei. Der Landkreis habe vor ca. 13 Jahren Blitzergeräte für die Polizei und im Laufe der Zeit zusätzlich kommunale Blitzgeräte angeschafft. Es sei seinerzeit besprochen worden, dass Blitzergeräte an Gefahrenstellen wie z. B. Schulen, Kindergärten etc. aufgestellt werden. Dies sei in der Praxis nicht umgesetzt worden. Sie selber sei auf dem Weg zur Autobahn geblitzt worden an einer Stelle, die sie nicht als Gefahrenstelle gesehen habe. Sie sei immer gegen diese ihrer Meinung nach „Wegelagerei“ gewesen.

KA Müller-Saathoff führt aus, dass Abstandsmessgeräte und Blitzeranlagen als pädagogische Maßnahmen zu sehen seien, um die Verkehrssicherheit sicherzustellen.

KA Schmidt dankt KA Fisbeck für ihre Ausführungen. Er sei in Bezug auf Abstandsmessanlagen zwiegespalten. Geschwindigkeitsbegrenzungen stehe er, wie KA Fisbeck, skeptisch gegenüber und er werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Es wird bei 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen:

Für ein notwendiges Upgrade des bei dem Autobahnpolizeikommissariat Oldenburg eingesetzten Abstandsmessgerätes werden für das Haushaltsjahr 2023 Mittel in Höhe von 160.000 € im Produkt Kommunale Verkehrsüberwachung eingeplant.

Zu TOP 15 Wirtschaftsplan 2023 der Kreisvolkshochschule Ammerland gGmbH einschließlich Stellenplan als Unternehmensplan mit Investitions-/Finanzierungsplan
Vorlage: BV/143/2022

Der Wirtschaftsplan 2023 einschl. Stellenplan und Investitions-/Finanzplanung als Unternehmensplanung wird einstimmig beschlossen.

Zu TOP 16 Förderung der Erwerbslosenberatungsstellen 2023
Vorlage: BV/151/2022

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Arbeitsgemeinschaft der Ammerländer Erwerbslosenberatungsstellen wird für das Haushaltsjahr 2023 ein kommunaler Zuschuss in Höhe von 267.260,00 € gewährt. Es ist eine Leistungs- und Vergütungsvereinbarung abzuschließen. Haushaltsmittel sind im Produktbereich 31.2 eingeplant.

**Zu TOP 17 Fachstelle Sucht des Diakonischen Werks im Landkreis Ammerland, Bad Zwischenahn, Jahreszuschuss für 2023
Vorlage: BV/149/2022**

Es wird einstimmig beschlossen:

Dem Diakonischen Werk Oldenburg wird für den Betrieb der Fachstelle Sucht in Bad Zwischenahn im Haushaltsjahr 2023 ein Zuschuss in Höhe von 122.010 € gewährt.

Haushaltsmittel sind in entsprechender Höhe im Haushaltsplanentwurf 2023 berücksichtigt.

**Zu TOP 18 Fachstelle für Sucht und Suchtprävention Rose 12, Bad Zwischenahn
Träger: STEP gGmbH, Hannover Jahreszuschuss 2023
Vorlage: BV/150/2022**

Es wird einstimmig beschlossen:

Der STEP gGmbH Hannover wird für den Betrieb der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention – Rose 12 – in Bad Zwischenahn im Haushaltsjahr 2023 ein Zuschuss in Höhe von 99.900 € gewährt.

Haushaltsmittel sind in entsprechender Höhe im Haushaltsplanentwurf 2023 eingeplant.

**Zu TOP 19 Schülerbeförderung im freigestellten Schülerverkehr; Preisanpassung Erhöhung Mindestlohn
Vorlage: BV/155/2022**

Es wird einstimmig beschlossen:

Den im freigestellten Schülerverkehr eingesetzten Verkehrsunternehmen wird auf Antrag rückwirkend ab dem 01.10.2022 eine Preisanpassung der Besetzkilometerpreise um 4,5% gewährt. Dies gilt ausschließlich für Verkehrsverträge, die auf den Ausschreibungen der Jahre 2020 und 2021 beruhen.

**Zu TOP 20 Planungsauftrag zur Errichtung einer Förderschule „G“ in einer Schulträgerschaft durch den Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/154/2022**

KA Wiechert führt aus, dass die Förderschule für geistige Entwicklung in Edewecht für den Landkreis Ammerland eine wichtige Einrichtung darstelle. An der Schule würden nicht nur Schülerinnen und Schüler aus der Gemeinde Edewecht beschult,

sondern aus dem gesamten Landkreis Ammerland und teilweise auch darüber hinaus. Es sei wichtig, dass die Schule um- bzw. ausgebaut werde. Im Rahmen einer Begehung der Schule vor der letzten Sitzung des Schulausschusses sei Handlungsbedarf deutlich geworden. Die Planung sei ein Schritt in die richtige Richtung und sie dankt im Namen der CDU-Fraktion der Kreisverwaltung und der Gemeindeverwaltung Edewecht für die Umsetzung. Die weitere Entwicklung müsse abgewartet werden. Die CDU-Fraktion werde den Beschlussvorschlag unterstützen und damit die Unterrichtsversorgung mit Schwerpunkt geistige Entwicklung.

KA Köster begrüßt die Möglichkeit, den Planungsauftrag für den Bau einer neuen Schule auf den Weg zu bringen. Für die Fraktion B90/Die Grünen sei es wichtig und wünschenswert, bei den Planungen eine ökologische und nachhaltige Bauweise zu berücksichtigen. Bei dem Bau einer Schule könne man über Naturbaustoffe nachdenken und ein nachhaltiges Gebäude, dass auch energieautark ausgerichtet werde, planen. Er fragt nach, zu welchem Zeitpunkt der Wunsch nach nachhaltiger und ökologischer Bauweise eingereicht werden könne.

KA Schmidt führt aus, dass die AfD das zweigleisige Schulwesen unterstützen werde und damit die individuelle Förderung einzelner Schülerinnen und Schüler.

EKR Kappelmann antwortet auf die Frage von KA Köster, dass zunächst die Grundlagen wie Standort und Raumbedarfe geklärt werden müssen. Nach Ermittlung der Raumbedarfe könne dann eine erste Kostenschätzung erfolgen. Die Bedarfsplanungen und die Kostenschätzung würden dann in den Gremien beraten werden. Danach werde der Planungsauftrag vergeben und zu diesem Zeitpunkt können weitere Wünsche und Anregungen für den Bau vor- und eingebracht werden.

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Errichtung einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung (G)“ für das gesamte Kreisgebiet in einer Schulträgerschaft durch den Landkreis Ammerland zu planen. Über die konkrete Übernahme der Schulträgerschaft ist nach Vorlage aller Planungs- und Finanzunterlagen zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden. Für die Planung sind Haushaltsmittel in Höhe von 100.000,00 € in den Haushalt 2023 einzustellen.

**Zu TOP 21 Änderung der Satzung des Landkreises Ammerland über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)
Vorlage: BV/137/2022**

Die Änderung der Satzung des Landkreises Ammerland über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) wird einstimmig beschlossen.

**Zu TOP 22 Wirtschaftsplan 2023 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/136/2022**

Der Wirtschaftsplan 2023 für den Abfallwirtschaftsbetrieb wird einstimmig beschlossen.

**Zu TOP 23 Neufassung der Satzung des Landkreises Ammerland über die Regelung des Anschluss- und Benutzungszwanges bei der Abfallentsorgung (AB-Satzung)
Vorlage: BV/170/2022**

Die Neufassung der Satzung des Landkreises Ammerland über die Regelung des Anschluss- und Benutzungszwanges bei der Abfallentsorgung (AB-Satzung) wird einstimmig beschlossen.

**Zu TOP 24 Wirtschaftsplan BgA 2023 (Betrieb gewerblicher Art) Containerstellplätze/Papiersammlung/Abfallberatung Duales System Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/138/2022**

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 des BgA Containerstellplätze/Abfallberatung/Duales System des Landkreises Ammerland wird einstimmig beschlossen.

**Zu TOP 25 a) Jahresabschluss per 31.12.2020; Unterrichtung und Beschlussfassung über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen zum Jahresabschluss 2020;
b) Jahresabschluss per 31.12.2020; Feststellung und Beschlussfassung über die Höhe der gebildeten investiven Haushaltsreste per 31.12.2020
c) Jahresabschlusses per 31.12.2020; Feststellung Ergebnis und deren Verwendung einschl. Entlastung der Landrätin
Vorlage: BV/172/2022**

Es wird einstimmig beschlossen:

Zu a)

Es werden die in der Anlage 1 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2020 zur Kenntnis genommen.

Zu b.)

Die per 31.12.2020 in der Anlage 2 ausgewiesenen und gebildeten investiven Haushaltsreste i. H. v. 32.575.760,23 € werden festgestellt und beschlossen.

Zu c.)

Der geprüfte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2020 wird mit folgenden Eckdaten beschlossen:

Bilanzsumme zum 31.12.2020	226.952.736,35 €
Jahresüberschuss beim ordentlichen Ergebnis:	8.972 815,40 €
Jahresdefizit beim außerordentlichen Ergebnis:	- 972.070,98 €
Jahresergebnis insgesamt:	8.000.744,42 €

Folgende Ergebnisverwendung wird beschlossen:

Der Überschuss beim ordentlichen Ergebnis wird der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Das Defizit beim außerordentlichen Ergebnis wird mit der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet.

Gleichzeitig wird dem Landrat Entlastung erteilt.

Zu TOP 26 Haushaltsplan 2023

a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2023 einschl. Stellenplan

b) Finanzplanung 2024 - 2026

Vorlage: BV/175/2022

EKR Kappelman führt aus, dass der heute als Ergebnis der Beratungen aus den Fachausschüssen vorgelegte Haushaltsplan des Landkreises Ammerland für das Jahr 2023 deutlich gezeichnet sei von den Krisen, die uns alle und damit auch die Kreisverwaltung, intensiv beschäftigen. Für die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöste Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden im kommenden Jahr würden erhebliche zusätzliche Finanzmittel benötigt. In Absprache mit den kreisangehörigen Gemeinden und der Stadt Westerstede werde der Landkreis die Aufgabe der Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge in zunächst einer Sammelunterkunft von den Gemeinden übernehmen. Für die damit verbundenen Aufwendungen werden für 2023 im außerordentlichen Ergebnishaushalt im Saldo -1,7 Mio. € eingeplant. Des Weiteren würden die Zuwanderer, die dem SGB II zugeordnet werden, zu zusätzlichen Aufwendungen im Budget des Jobcenters führen. Durch die massiv gestiegenen Energiekosten würden im Weiteren die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im SGB II, aber auch in anderen sozialen Sicherungssystemen deutlich ansteigen. Aufgrund der Zunahme bei den Bedarfsgemeinschaften werde das vom Landkreis zu tragende Defizit des Jobcenters voraussichtlich um weitere rd. 1,6 Mio. € steigen.

EKR Kappelman führt weiter aus, dass sich die gestiegenen Energiepreise bei den kreiseigenen Liegenschaften auswirken. Bei der Belieferung des Landkreises und der Gemeinden mit Energie sei lange unklar gewesen, ob es überhaupt gelingen würde, im Wettbewerb ein Angebot eines Versorgers zu bekommen. Letztlich müsse eine Verdoppelung der Arbeitspreise beim Strombezug sowie eine Verachtfachung der Gasarbeitspreise im kommenden Jahr verkraftet werden. Die Energiekosten würden sich dadurch gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,4 Mio. € erhöhen.

Seit Mitte 2021 sei es darüber hinaus zu einem extremen Anstieg der Baupreise sowie der Preise für Baumaterialien gekommen, die sich auf die laufende Bauunterhal-

tung der Kreisimmobilien sowie auf das Neubauvorhaben auswirken. Des Weiteren seien Straßenunterhaltungen und Straßenerneuerungen von den gestiegenen Bauunterhaltungskosten betroffen. Bei einem gegenüber den Vorjahren unveränderten finanziellen Mittelleinsatz werde der Umfang der Sanierungsmaßnahmen an den Kreisstraßen wegen der gestiegenen Preise tendenziell eher zurückgehen. Bei der Bauunterhaltung der kreiseigenen Immobilien werde man des Weiteren reduzieren müssen. Eine Vielzahl der von den Nutzern angemeldeten Maßnahmen für 2023 müssen somit in die Folgejahre verschoben werden. Vom Ausschuss für Feuer- und Bauwesen seien nur die zwingend erforderlichen Maßnahmen sowie die aufgrund der gesetzlichen Vorgaben hinzu gekommenen Maßnahmen zur Energieeinsparung zur Einplanung vorgeschlagen worden.

EKR Kappellmann informiert darüber, dass durch den Wegfall der Hilfen aus dem Corona-Rettungsschirm und die entstehenden Mehrkosten bei den Beförderungsunternehmen im Jahr 2023 auch für den ÖPNV deutlich mehr - nämlich ebenfalls 1,4 Mio. € - aufgewendet werden müsse. Auch in dieser Branche mache sich der gravierende Fachkräftemangel bemerkbar. Personal sei nur noch schwer zu bekommen und die allgemeinen Preise würden steigen, dadurch werde es bei den Personalaufwendungen zu deutlichen Lohnkostenerhöhungen kommen. Im Kreishaushalt, in dem die Personalaufwendungen für inzwischen mehr als 650 Mitarbeiter mehr als 39 Mio. € ausmachen, bedeute dies gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 3,3 Mio. €. Erwartete Tarifsteigerungen sowie zusätzliche Personalanforderungen seien hierfür die Hauptursachen. Für 2023 werde mit zusätzlichen 12 Stellen geplant. Des Weiteren würden weiter steigende Aufwendungen bei den Jugendhilfeleistungen, insbesondere bei den Unterbringungen in Einrichtungen und Familien, beobachtet und die Betreuung der Kinder im Bereich der Tagespflege würden aufgrund von beschlossenen Anpassungen zu Kostensteigerungen führen.

EKR Kappellmann macht deutlich, dass trotz optimistischer Planungen der Erträge aus dem Finanzausgleich der Kreishaushalt in der Planung ein Defizit von 7,16 Mio. € ausweise. In den weiteren Jahren des Finanzplanungszeitraumes würden Defizite zwischen 3,5 und 5,5 Mio. € erwartet.

Erfreulicherweise sei der Kreishaushalt trotz Rekordinvestitionen insbesondere im Bereich des Breitbandausbaus in der Lage, diese Investitionen ohne die Aufnahme von neuen Krediten aus seinen vorhandenen liquiden Mitteln zu finanzieren. Erste Überlegungen, zum Ausgleich des Defizites eine Kreisumlageerhöhung vorzuschlagen, seien nach intensiver Beschäftigung mit den gemeindlichen Haushaltsplanungen sowie den Gesprächen mit den Kämmerern und Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden fallen gelassen worden, da auch die Gemeinden und die Stadt Westerstede zum Zeitpunkt der Planaufstellung durchweg defizitäre Haushaltsplanentwürfe aufgewiesen hätten.

Es werde daher heute eine Haushaltssatzung vorgelegt, die den Vorschlag enthalte, den Kreisumlagehebesatz von 34 Punkten beizubehalten.

Insoweit werde es erforderlich sein, mit der notwendigen Haushaltsdisziplin und einer Zurückhaltung bei der Übernahme von neuen Aufgaben zu versuchen, im Laufe des Jahres 2023 das geplante Defizit im Ergebnishaushalt von 7,16 Mio. €, wenn möglich, weiter zu reduzieren. Erfreulicherweise lassen die inzwischen vom Land Nieder-

sachsen bekannt gegebenen vorläufigen Grundbeträge vermuten, dass die für 2023 erwarteten Beträge aus dem Nds. FAG überschritten werden können.

EKR Kappellmann bittet abschließend um Zustimmung zu der vorgelegten Haushaltssatzung, dem Haushalts- und Stellenplan sowie dem Investitionsprogramm.

KA Brunßen dankt der Kreisverwaltung und allen Kreistagsabgeordneten für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Er führt aus, dass die Krisen der vergangenen Jahre den Haushalt des Landkreises Ammerland sehr belastet haben. Insbesondere die Ukraine-Krise gehe nicht unbemerkt an dem Haushalt des Landkreises vorbei. Die Flüchtlingsunterbringungen und die Energiekrise würden besondere Belastungen in der Organisation und für die Finanzierung darstellen. Der Haushalt des Landkreises lasse sich nicht vorhersehen und man müsse zum Ende des Jahres mit Veränderungen rechnen. Viele Faktoren würden eine Rolle spielen und das endgültige Resultat sei ungewiss. EKR Kappellmann habe deutlich gemacht, dass die Aufstellung des Haushaltsplans 2023 noch nie so schwierig gewesen sei, wie in diesem Jahr.

KA Brunßen merkt an, dass die Aufnahme der Flüchtlinge aus der Ukraine sich sehr stark im Haushalt des Landkreises Ammerland widerspiegele. Es sei selbstverständlich, dass den Flüchtlingen Schutz gewährt werde und im Landkreis Ammerland aufgenommen werden. Er dankt der Kreisverwaltung für die tatkräftige Abarbeitung der anspruchsvollen Aufgabe, die oft mit wenig Personal bewältigt werden müsse. Die Besetzung von Stellen sei aufgrund des bestehenden Fachkräftemangels in vielen Fällen nicht möglich. Er dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung und allen ehrenamtlich Tätigen für ihren Einsatz bei der Flüchtlingsaufnahme. Die CDU-Fraktion wünsche sich, dass Bund und Land ihre Versprechen einhalten und die Kommunen finanziell unterstützt werden. Es sei noch nicht beschlossen worden, dass die Kommunen alle Ausgaben komplett erstattet bekommen. Es dürfe nicht passieren, dass wichtige Aufgaben aufgrund finanzieller Probleme nicht umgesetzt werden können, weil alle Mittel in die Aufnahme von Flüchtlingen gegeben werden müssen. Dadurch verliere man die Akzeptanz in der Bevölkerung.

KA Brunßen führt weiter aus, dass trotz der ganzen Herausforderungen und vieler Ungewissheiten im Haushalt die Aufwendungen für z. B. Infrastrukturbeiträge und Investitionen um 21 % auf 37 Mio. Euro erhöht werden konnten. Der höchste Betrag werde für den Ausbau des Glasfasernetzes bereitgestellt. Die CDU-Fraktion freue sich, dass der Ausbau massiv vorangehe. Ein weiterer wichtiger Meilenstein sei der Ausbau und die Neustrukturierung der TZ in Elmendorf, für das bis zum Jahr 2026 ein Betrag in Höhe von ca. 15,4 Mio. Euro investiert werden solle. Zusammenfassend sei festzustellen, dass die Kreisverwaltung und der Kreistag in den letzten Jahren sehr vorsichtig gehaushaltet hätten und dadurch habe man viel investieren können und könne auch in den nächsten Jahren verschiedene Projekt in Angriff nehmen. Die vielen Krisen würden eine große Herausforderung darstellen. Dennoch gebe es sehr viel Licht im Haushalt des Landkreises Ammerland. Trotz aller schwierigen Rahmenbedingungen habe der Schuldenstand gesenkt werden können, es würden 37 Mio. Euro in die Infrastruktur investiert, die Kreisumlage bleibe stabil und man habe eine Überschussrücklage schaffen können. Mit der Überschussrücklage könne

der Haushalt des Landkreises Ammerland fiktiv in den nächsten Jahren ausgeglichen werden.

KA Brunßen wünscht abschließend allen frohe Weihnachten und ein gesundes Jahr 2023.

KA Köster führt aus, dass er sich den Ausführungen von KA Brunßen anschließen könne. Die Fraktion B90/Die Grünen habe sich nach Jahren der Pandemie Schöneres als einen Krieg vorstellen können, der ganz Europa betreffe. Mit den damit verbundenen Flüchtlingsströmen müsse man von schwierigen Zeiten und Zeitenwende sprechen, die für die Kreisverwaltung eine große Herausforderung darstelle, die vorher kaum dagewesen seien. Seine Fraktion bedanke sich bei der Kreisverwaltung für das Meistern dieser vielfältigen und verantwortungsvollen Aufgaben. Die Pandemie sei bewältigt worden und die Immobilienbetreuung sowie das Gesundheitsamt hätten die Impfkampagne mit dem Errichten und der Betreuung eines Impfzentrums in kurzer Zeit hervorragend gemeistert.

KA Köster geht im Weiteren auf die gestiegenen Energiekosten und die Inflation ein, der man auch eine gute Seite zusprechen könne. Man gehe z. B. sparsamer mit Strom und Gas um und in der Folge werde der Landkreis Ammerland Energien einsparen können. Dadurch könnte man dem Klimaziel 2020 näherkommen, das bisher verfehlt wurde. Es sei dringend geboten, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern weiter zu verringern und man müsse zu diesem Zeitpunkt die notwendigen Schritte in die Wege leiten. Der Klimawandel werde sich nicht aufhalten lassen und es sei zu wünschen, dass der Landkreis Ammerland möglichst schnell klimaneutral werde. Sobald die Haushaltslage es zulasse, sollte in den Klimaschutz investiert werden. Die nachfolgenden Generationen werden sich fragen, ob der Kreistag bzw. der Landkreis alles Mögliche getan habe, die Klimakrise aufzuhalten. Die Fraktion B90/Die Grünen habe sich mehr finanzielle Mittel trotz schwieriger Haushaltslage für die Investition in den Klimawandel gewünscht. Der Landkreis Ammerland verfüge über einen großen Betrag an Rücklagen und man teile die pessimistische Sicht der Kreisverwaltung nicht zu 100 Prozent. Er gehe auf den Infoband und die Bekanntgabe der vorläufigen Grundbeträge ein, die vom Land noch nicht bestätigt worden seien und auf Annahmen der Kreisverwaltung beruhen würden. Seit Mitte November gebe es die Steuerschätzung vom Land und einige Kommunen könnten daraufhin mit hohen zusätzlichen Mitteln rechnen. Insofern mache er sich nicht so viel Sorgen, dass der Haushalt des Landkreises so tiefer Zahlen ausweise, wie vorhergesagt. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit seien die wichtigsten Grundsätze bei jeder Haushaltsplanung. Wenn zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt sei, dass der Haushalt nicht so negativ ausfalle, hätte man bereits jetzt für den Klimaschutz Investitionen festlegen und mehr Mittel bereitstellen können. Er sei optimistisch, weil der Landkreis und der Kreistag immer vorsichtig und umsichtig investiert hätten.

KA Köster führt weiter aus, dass begrüßt werde, dass der Landkreis Ammerland Entscheidungen mit Augenmaß treffe. Des Weiteren werde begrüßt, dass der Landkreis eine Klimaschutzmanagerin/einen Klimaschutzmanager einstellen wolle. Damit könne der Klimaschutz in der Verwaltung verankert werden und sich gebührend und erheblich einbringen. Des Weiteren habe er die Hoffnung, dass die „graue Energie“ eingespart werden könne und versucht werde, nachhaltiger zu planen und den öko-

logischen Fußabdruck zukünftig zu berücksichtigen. Es werde erwartet, dass der Landkreis bei öffentlichen Bauten mit gutem Beispiel vorangehe. Aus Sicht der Fraktion B90/Die Grünen werde man zukünftig viel weniger neu bauen und viel mehr über Sanierungen von Bestandsgebäuden nachdenken müssen. Lobenswert zu erwähnen sei, dass der Landkreis im Bereich Ausbau und Schaffung von Radwegen sehr gut und fortschrittlich aufgestellt sei. Auch im Bereich ÖPNV habe der Landkreis in den vergangenen Jahren erheblich mehr Angebote schaffen können. Er geht auf die von der EWE initiierte Veranstaltung „Wasserstoff-Road-Show“ ein, die eine Wasserstoff-tankstelle in Aussicht gestellt habe. Auf die Vorschläge der EWE solle man seiner Meinung nach eingehen.

KA Köster geht im Weiteren auf den Bereich Jugendhilfe ein, bei dem bei den Investitionen und Aufwendungen kein Ende in Sicht sei und die Kosten weiter steigen werden.

Er weist darauf hin, dass gutes ökonomisches und ökologisches Handeln keine Widersprüche sein müssen und der Landkreis nicht so pessimistisch auf die Energiewende reagieren müsse. Er hält die Energiewende für eine realistische Chance sich nachhaltiger aufzustellen und den Landkreis lebenswerter zu machen.

Er dankt abschließend LR'in Harms, der Kreisverwaltung und dem Kreistag für die gute Zusammenarbeit und wünscht allen eine ruhige und besinnliche Weihnacht sowie Gesundheit und Tatkraft für das kommende Jahr.

KA Orth führt aus, dass die Welt schön aussehe, wenn man den blauen Himmel betrachte. Leider werde diese oft als unendlicher „Mülleimer“ verwendet und sei nicht immer so schön, wie man sie sehen möchte. Man habe die Corona-Pandemie bewältigen müssen und zurzeit müsse die Ukraine-Krise bewältigt werden. Die Welt habe sich fundamental verändert und in jeder einzelnen Person habe es Veränderungen gegeben. Die Krise habe im Weiteren dazu geführt, dass sich beim Landkreis Ammerland grundlegende Dinge geändert haben. Die Situation der Flüchtlingsaufnahmen zeige, dass man sich gegenseitig helfe. Man stehe noch am Anfang und es würden sicherlich noch andere Herausforderungen auf den Kreistag und den Landkreis zukommen. Er geht auf die Ausführungen von KA Brunßen ein und ist ebenfalls der Meinung, dass Klarheit geschaffen werden müsse und man die Angelegenheit gemeinsam angehen müsse.

KA Orth geht im Weiteren auf die Haushaltssituation ein, die im Haushalts- und Personalausschuss ausführlich dargestellt worden sei. Die Kreisverwaltung gehe verantwortlich mit dem Geld um, das vom Kreistag für Investitionen beschlossen worden sei. Die Verlässlichkeit, Offenheit und Klarheit im Haushalt des Landkreises Ammerland sei gegeben und das Rechnungsprüfungsamt habe eindeutige, durchweg positive Testate ausgestellt. Die Ausführungen von KA Brunßen seien nachvollziehbar und können politisch mitgetragen werden. Die Windenergie werde neben vielen anderen Projekten in den nächsten Jahren eine große politische Herausforderung darstellen und gemeinsam anzupacken sein. Die Kollegialität beim Landkreis Ammerland sei seiner Meinung nach einzigartig und ein Erfolgsgeheimnis.

KA Orth geht auf die Gnieser-Kreuzung in Augustfehn ein, bei der kurzfristig eine Volllichtsignalanlage installiert worden sei. Für einen eventuell dort einzurichtenden Kreisverkehr bestehe aus seiner Sicht derzeit keine Notwendigkeit. Der Fachkräftemangel sei nach wie vor deutlich auf dem Arbeitsmarkt zu erkennen und werde in den nächsten Jahren weiter zu Problemen auf dem Arbeitsmarkt führen. Er dankt der UWG-Fraktion, der Verwaltung und den übrigen Kreistagsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit und wünscht allen viel Gesundheit und eine weiterhin gute Zusammenarbeit. Es sei zu wünschen, dass das nächste Jahr nicht so anstrengend werde, wie das vergangene Jahr, in dem die Herausforderungen extrem hoch gewesen seien und bei allen Beteiligten Spuren hinterlassen habe.

KA Herr Bruns führt aus, dass die FDP-Fraktion dem Haushaltsplan, der Haushaltsatzung und dem Stellenplan 2023 sowie dem Finanzplan 2024 bis 2026 zustimmen werde. Es sei zu hoffen, dass die Haushalts- und Stellenplanungen wie von der Verwaltung vorhergedacht, aufgehen werden. Man könne nicht in die Zukunft blicken und konkrete Vorhersagen machen. Es werde in verschiedenen Richtungen verschiedene Möglichkeiten und Veränderungen geben. Es sei wichtig, weiterhin gemeinsam, verlässlich und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Es habe Rekordinvestitionen gegeben, dennoch habe man Schulden reduzieren können und die Kreisumlage werde nicht erhöht.

Er dankt abschließend allen für die gute Zusammenarbeit und wünscht frohe Weihnachten, gute Erholung und alles Gute für 2023.

KA Lukoschus führt aus, dass seine Vorredner bereits alles Erwähnenswerte gesagt hätten. Dennoch wolle er die Leistungen der Kreisverwaltung und des Kreistages wertschätzend erwähnen. Prognosen seien schwierig zu stellen und insbesondere für die Zukunft nicht vorhersehbar. Eine vorausschauende Haushalts- und Finanzpolitik beginne mit dem Betrachten der Realität, die sich als sehr herausfordernd darstelle. Die Bedeutung stelle der Kämmerer regelmäßig nachvollziehbar verantwortungsbewusst dar. Er spricht seinen Dank an die Kämmerei und all denen aus, die fraktionsübergreifend regelmäßig verantwortungsbewusst in den Fachausschüssen die finalen Beschlüsse mit Augenmaß beschließen. Viele Dinge seien schwer zu entscheiden, dennoch müsse zeitnah gehandelt werden, um keine Zeit zu verlieren. Die Kreisverwaltung habe einen ehrlichen und transparenten Haushaltsentwurf vorgelegt und damit eine gute Basis für eine weiterführende und vertrauensvolle Zusammenarbeit geschaffen. Auch wenn die großen Herausforderungen der Zukunft noch nicht richtig eingeschätzt werden können, so KA Lukoschus weiter, würden die Kreistagsabgeordneten ihre Aufgaben alle gemeinsam sehr ernst nehmen. Es sei positiv zu erwähnen, dass fast alle Beschlüsse einstimmig getroffen würden und man sich bei verschiedenen riskanten Entscheidungen einig geworden sei. Trotz der ungewissen Zukunft würden wichtige Projekte auf den Weg gebracht. Es werde nach wie vor in den Klimaschutz, den ÖPNV, den Gesundheitsschutz, der Personalentwicklung im Kreishaus, in Straßen und Radwege, Bauprojekte und viele andere Projekte mehr investiert.

KA Lukoschus dankt im Namen der Freien Wählergemeinschaft LR'in Harms, der Kreisverwaltung und den Kreistagsabgeordneten für die gute Zusammenarbeit, die fairen Diskussionen und den guten Beschlüssen. Er wünscht frohe und besinnliche Weihnachten und alles Gute für das Jahr 2023.

KA Schmidt führt aus, dass zu hoffen sei, dass der Haushalt besser ausfalle als geplant. Er mahnt für die Zukunft zur Vorsicht. Im Weiteren bedankt er sich, auch im Namen von KA Treber, für die gute Zusammenarbeit, den sachlichen Umgang und das vertrauensvolle Miteinander. Positiv zu bewerten sei, dass man auch abweichend von der Parteilinie angehört werde und Vorschläge zur Kenntnis genommen werden. Er habe erlebt, dass Antragsteller nach Anhörung der übrigen Meinungen sich vom Gegenteil überzeugen lassen haben und entsprechende Anträge wieder zurückgezogen hätten. Er sehe dies als ein Alleinstellungsmerkmal des Kreistages, das bewahrt werden müsse. Er wünscht allen eine schöne Weihnachtszeit.

KA Oeltjen führt aus, dass der Landkreis Ammerland finanziell gut dastehe, obwohl der Kämmerer Sorgenfalten habe. Seiner Meinung nach werden sich die Haushalte des Landkreises Ammerland, der kreisangehörigen Gemeinden und der Stadt Westerstede durch die letzten Entscheidungen beim Land noch entspannen. Er geht auf das von EKR Kappellmann dargestellte Defizit in Höhe von 7,1 Mio. Euro und dem Schuldenabbau in Höhe von 1,6 Mio. Euro ein. Dennoch gebe es eine Überschussrücklage in Höhe von rd. 90 Mio. Euro. Er macht deutlich, dass es sich bei der Überschussrückstellung um Buchgeld handle. Den Schuldenabbau, der gemeinsam mit der Kreisverwaltung und durch umsichtiges Handeln der vorangegangenen Kreistage erwirtschaftet werden konnte, könne man genießen. Dass mit Defiziten kalkuliert werde, sei in den letzten Jahren nicht vorgekommen. Die guten Zahlen habe man gemeinsam und in guter Zusammenarbeit zwischen Kreisverwaltung und Kreistag erwirtschaften können.

KA Oeltjen führt weiter aus, dass die Errichtung des „Dorf Edeweicht“ im Grunde keine originäre Aufgabe des Landkreises sei und vom Land hätte organisiert werden müssen. Des Weiteren werde die Situation der Förderschule den Kreistag im nächsten Jahr weiter beschäftigen. In Zukunft würden Aufgaben auf den Landkreis zukommen, die finanzielle Belastungen mit sich bringen. Die Angebote im ÖPNV seien verbessert worden und würden zukünftig teurer werden. Der Neubau einer Schule werde ebenso wie die Erweiterung der Ammerland-Klinik hohe finanzielle Mittel in Anspruch nehmen. Die Investition in die Ammerland-Klinik sei nötig, um diese zukunftsfest aufzustellen. Er halte es für gut, wenn die Landtagsabgeordneten in Hannover für den Landkreis Ammerland werben würden, um entsprechende Finanzzusagen für die Zuschüsse zu erhalten.

KA Oeltjen geht in seinen weiteren Ausführungen auf die seit drei Jahren andauernde Corona-Pandemie ein, die zurzeit von anderen Krankheiten überdeckt werde. Man habe drei Jahre lang eine Kreisverwaltung gehabt, die mit den Herausforderungen durch die Corona-Pandemie umgehen musste. Das Personal der Kreisverwaltung sei mittlerweile, wie viele andere Beschäftigte in z. B. Pflegeheimen, Krankenhäusern, Arztpraxen, beim Rettungsdienst, in Kindertagesstätten, Schulen etc. an ihre Grenzen gestoßen. Man müsse froh und dankbar sein, dass bis jetzt alle so gut durchgehalten haben. Es müsse aber dafür gesorgt werden, dass die Lage sich entspanne und für alle wieder normale Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Er dankt allen Beteiligten, die sich in den letzten drei Jahren um das Wohlergehen der Bevölkerung gekümmert haben und bittet Herrn Rittner von der Nordwest-Zeitung, den Dank aller Kreistagsabgeordneten aufzugreifen und weiterzugeben.

KA Oeltjen wünscht allen eine besinnliche Weihnachtszeit und alles Gute für das Jahr 2023.

KA Meyer reagiert auf die Anmerkung zu den Landtagsabgeordneten. Er führt aus, dass die Landespolitik den Nachtragshaushalt beschlossen habe. Der Nachtragshaushalt sehe vor, dass insgesamt 15 Mio. Euro an die Kommunen im Ammerland ausgezahlt würden. Davon seien 3 Mio. Euro für Investitionen an und für Schulen vorgesehen. Unter anderem wolle man die Kosten der Mittagsverpflegung trotz gestiegener Energiepreise stabil halten. Weitere 3 Mio. Euro würden für die Flüchtlinge bereitgestellt und über den kommunalen Finanzausgleich würden nochmal 8,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Des Weiteren würden rd. 800.000,00 € für den Härtefallfonds bereitgestellt. Dazu müsse der Kreistag noch eine entsprechende Entscheidung treffen, für die er ausdrücklich werbe. Es gebe viele Menschen im Ammerland, die ihre Energierechnung nicht bezahlen können und dafür müsse eine Unterstützung angeboten werden.

zu a)

Die Haushaltssatzung 2023 einschließlich Haushaltsplan, Stellenplan und Investitionsprogramm wird einstimmig beschlossen.

zu b)

Die Finanzplanung 2024 bis 2026 wird einstimmig beschlossen.

Zu TOP 27 Jahresabschluss 2021 für den Eigenbetrieb Immobilienbetreuung

a) Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes

b) Entlastung der Betriebsleitung

Vorlage: BV/185/2022

Es wird einstimmig beschlossen:

a) Der Jahresabschluss und der Lagebericht 2021 des Eigenbetriebes Immobilienbetreuung werden wie vorliegend festgestellt. Der Jahresüberschuss in Höhe von 20.849,20 € wird der Gewinnrücklage zugeführt.

b) Der Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

Zu TOP 28 Aufnahme und Umschuldung von Krediten im Haushaltsjahr 2023

Vorlage: BV/186/2022

Es wird einstimmig beschlossen:

Auf Grundlage der Richtlinie für Finanzgeschäfte (Ziffer 2.1 der Richtlinie) wird die Landrätin ermächtigt, den Darlehensbedarf im Rahmen des Wirtschaftsplanes wie folgt mit Abschluss von Darlehensverträgen zu realisieren:

Zinsfestsetzung: über 15 Jahre bis zu über 25 Jahren (Gesamtlaufzeit) mit einem Höchstzinssatz von 5 % und einem Tilgungssatz von mindestens 2 %.

Zinsfestung: bis zu 15 Jahren mit einem Höchstzinssatz von 4,5 % und einem Tilgungssatz von mindestens 2 %.

Zu TOP 29 Wirtschaftsplan 2023 für den Eigenbetrieb Immobilienbetreuung Vorlage: BV/187/2022

Der Wirtschaftsplan 2023 für den Eigenbetrieb Immobilienbetreuung wird einstimmig beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2023 werden keine Liquiditätskredite beantragt. Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre werden nicht veranschlagt.

Zu TOP 30 Mitteilungen der Landrätin

- a) LR'in Harms teilt mit, dass Vors. Bohmann Vater einer Tochter geworden sei.

LR'in Harms teilt weiter mit, dass die ehemaligen Kreistagsabgeordneten Rainer Willjes 80 Jahre, Dieter Ahlers 60 Jahre und Erich-Albert Krause 70 Jahre alt geworden seien.

- b) KR Rabe teilt mit, dass dem Landkreis Ammerland im Rahmen der „Projektförderung Gesundheitsregionen in Niedersachsen“ der Zuschlag für ein Projekt erteilt worden sei. Das Projekt sei gemeinsam mit dem Ärztenetzwerk Plexxon beantragt worden. In Niedersachsen würden nur maximal drei Projekte gefördert. Das Projekt werde unter der Bezeichnung „Demenz und Lebensende“ geführt und werde mit 80.000,00 € für zwei Jahre vom Land gefördert.

Zu TOP 31 Anfragen und Hinweise

- a) KA Fisbeck bittet LR'in Harms, nach Rastede zu kommen und sich die Schule Am Voßbarg anzusehen. Sie weist auf die Einladung vom Schulleiter, Herrn Krumnow, hin und Sie bittet weiterhin darum, sich bei dem Termin Zeit zu nehmen, um dem Unterricht beizuwohnen und mit den Kindern, das von den Kindern zubereitete Essen, zu sich zu nehmen. Es sei zu erkennen, dass die Schule für die Kinder weit mehr als nur eine Schule sei. Sie bittet LR'in Harms, die Einladung von Schulleiter Krumnow anzunehmen, um Wertschätzung für die Arbeit des Schulleiters zu zeigen.

LR'in Harms führt aus, dass sie die Einladung gerne annehme. Man sei bei der Fortführung der Schule Am Voßbarg noch im offenen Prozess und dabei, den Sachverhalt zu ermitteln. Ihr sei bewusst, dass die Schule Am Voßbarg sehr gute Arbeit leiste. Die Zukunft der Schule habe aber mit landespolitischen Rahmenbedingungen zu tun. Die Ermittlungen und die Entscheidungen zur Weiterführung werde man abwarten müssen.

- b) KA Oeltjen berichtet von einem Erlebnis bei einer Frühstücksrunde, an der ein kleiner Junge das Licht ausgeschaltet habe mit der Begründung, dass es hell genug sei und man Krieg habe und Energie sparen müsse. Er habe darüber nachgedacht und festgestellt, dass in Europa seit ca. neun Monaten Krieg herrsche und er das Gefühl habe, man habe sich in der Bevölkerung an den Zustand gewöhnt. Die Gewöhnung dürfe man auf keinen Fall zulassen. Es handele sich um eine Katastrophe für die Menschen in der Ukraine und für ganz Europa. Einziger Hoffnungsschimmer sei, dass die Solidarität in Bezug auf die Betreuung ukrainischer Flüchtlinge innerhalb Europas funktioniere. Er regt an, über die Situation nachzudenken und während der Weihnachtszeit ein vielleicht helfendes Gebet auszusprechen.

Zu TOP 32 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 33 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Bohmann schließt die öffentliche Sitzung.

Verwaltungsbericht zum Kreistag 14. Dezember

Anrede,

auch in dieser weihnachtlichen Zeit attackiert Russland mit zynischem Kalkül weiter die Energie-Infrastruktur in der Ukraine. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Bislang sind im Ammerland 46 Busse mit über 900 ukrainischen Vertriebenen angekommen. Zusammen mit den individuell eingereisten Geflüchteten aus der Ukraine hat die Ausländerbehörde rund 1 500 Personen registriert. Über die Gruppe dieser Schutzsuchenden hinaus hat unsere Ausländerbehörde annähernd doppelt so viele Geflüchtete aus anderen Ländern wie im Vorjahreszeitraum bei uns registriert, die ebenfalls unserer Hilfe bedürfen, versorgt und untergebracht werden müssen. Die Lage ist angespannt; der Wohnungsmarkt ist – wie überall – leergefegt. Um Obdachlosigkeit zu vermeiden, aber auch um nicht noch mehr öffentliche Einrichtungen wie Turnhallen aus der Nutzung zu nehmen, haben wir uns gemeinsam mit den kreisangehörigen Gemeinden/der Stadt entschlossen, eine zentrale Unterkunft für geflüchtete Menschen im Ammerland zu schaffen. Zum Frühjahr 2023 wird deshalb das sogenannte „Dorf Edeweicht“ an den Start gehen. Dafür haben wir zwei erfahrene Projektleiter gewinnen können, und mit der Johaniterunfallhilfe wird über die Betreiberrolle verhandelt. Die Ausschreibung für die acht Containeranlagen mit insgesamt 500 Plätzen einschließlich Mobil-Liegeplätze liegt in den Händen unseres Eigenbetriebes Immobilienbetreuung. Zurzeit wird der Untergrund auf dem Gelände entsprechend hergerichtet, und es werden die notwendigen Versorgungsleitungen für Wasser, Abwasser und Breitband verlegt. Das Interesse an der entstehenden Einrichtung ist groß: zwei Anlieger- und Einwohnerversammlungen haben bereits stattgefunden.

Wieder aufgelöst wird eine Task Force, die uns seit über zweieinhalb Jahren begleitet: das Corona-Team. Aufgaben der Pandemiebekämpfung werden künftig in den üblichen Arbeitsstrukturen des Gesundheitsamtes in einem

neuen Sachgebiet „Medizinischer Bevölkerungsschutz“ angesiedelt. Vor fast drei Jahren, am 3. Februar 2020, wurde der erste Corona-Fall im Ammerland nachgewiesen und bald wurde die Inzidenzkurve zu unserer täglichen Begleiterin: Sie blieb im Ammerland lange flach (unter 100 bis Dezember 2020!), erst im November 2021 baute sie sich langsam zu einer immer höher werdenden Welle auf, die im Januar dieses Jahres erstmals die 500er Grenze überschritt, am 6. April (2 344,7) ihren Höhepunkt erreichte und sich bis in den Juli hinein über einer Inzidenz von 1 000 halten konnte. Danach ebnete sie langsam ab und liegt zurzeit bei 360,5 (13. Dezember). Insgesamt wurden im Ammerland bislang 55.729 COVID-19-Infektionen erfasst, davon waren 100 Todesfälle an oder mit Corona (Stand: 13.12.2022). Dies entspricht einer Infektionsrate von 44 Prozent sowie einer Letalitätssrate von 0,18 Prozent, der letzte Sterbefall wurde vor einigen Tagen gemeldet. Zur Spitzenzeit (Februar 2022) bestand das gesamte Team mit Sitz im Steinhoff-Gebäude aus 104 Menschen (74 Personen Team Corona und 30 Personen mobile Impfteams). Insgesamt haben über die Zeit 210 Personen im Team Corona mitgewirkt: 144 Menschen aus der Kreisverwaltung und 66 „Externe“ (23 vom DRK Kreisverband, sieben aus dem Finanz- und Katasteramt, drei von der Deutschen Rentenversicherung, 20 von der Bundeswehr, drei Containment-Scouts des Bundesverwaltungsamtes und zehn 450-Euro-Jobber). Die mobilen Impfteams bestanden zur Spitzenzeit aus 30 Beschäftigten (inclusive vier Soldaten); über die gesamte Zeit waren 38 Personen, davon acht Soldaten der Bundeswehr, beteiligt. Es ist der guten Arbeit und dem großen Engagement des Teams zu verdanken, dass das Ammerland über einen langen Zeitraum zu den Landkreisen mit den niedrigsten Inzidenzzahlen gehörte und das Klinikzentrum zu keinem Zeitpunkt überlastet war. Die Corona-Impfungen werden mit dem Jahreswechsel in alleiniger Verantwortung der niedergelassenen Ärzteschaft fortgeführt, denn auch die mobilen Impfteams, die dann 17 959 Impfungen durchgeführt haben werden, werden aufgelöst. Bis zum 23. Dezember werden noch Impfungen und Impfberatung angeboten, vom 21. bis 23. Dezember steht das imposante Impfmobil ein letztes Mal mit Impfstoff und diesmal ganz weihnacht-

lich mit Tee und Gebäck vor dem Kreishaus. Die noch verbleibenden Verbrauchsmittel der mobilen Impfteams werden den Hilfsorganisationen in der Region kostenlos zur Verfügung gestellt.

Auch wenn die Wirtschaft mit hohen Belastungen konfrontiert ist, bleibt die Lage am Ammerschen Arbeitsmarkt auch im November recht stabil. Besonders erfreulich ist zum einen der Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen auf 47 738 (+ 3,6% zum Vorjahr, landesweit gab es gerade mal ein bescheidenes Plus von 2,0 Prozent!), zum anderen die Personalnachfrage, die sich auch weiterhin auf gutem Niveau befindet: 1 456 unbesetzte Stellen sind bei der Arbeitsagentur und beim Jobcenter gemeldet. Die sonst übliche Herbstbelebung wurde durch die Eingliederung ukrainischer Vertriebener in die Grundsicherung (735 Erwachsene, 354 Kinder) überlagert: Die Arbeitslosenquote bleibt beim Vormonatsniveau von 4,1 Prozent, erhöhte sich allerdings im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte (3,4). Im November waren 2 819 Menschen ohne Arbeit, 32 Personen mehr als im Vormonat und 523 Personen mehr als im Vorjahr. Die Integration der ukrainischen Schutzsuchenden in den Pool der Betreuten durch das Jobcenter hat bereits Fahrt aufgenommen: 350 Ukrainerinnen und Ukrainer befinden sich aktuell in einer beruflichen oder sprachlichen Qualifizierung, 50 gehen bereits einer Beschäftigung nach.

Sehr beschäftigt ist auch unser Eigenbetrieb Immobilienbetreuung: Der Bau des viergeschossigen Bürogebäudes, das für Jobcenter sowie Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt genutzt werden soll, wird wie geplant im Frühjahr 2023 fertiggestellt sein. Auch die Erweiterung der Praxis für Strahlentherapie und Radioonkologie im Ärztehaus auf dem Gelände des Klinikzentrums ist baulich abgeschlossen: Derzeit erfolgen Einbringung und Inbetriebnahme des Linearbeschleunigers; eine Einweihung durch die Praxis soll zu Beginn des kommenden Jahres erfolgen. Die Rohbauarbeiten für das neueste

Personalwohnheim gehen ebenfalls gut voran, die Fertigstellung ist für Herbst 2023 vorgesehen.

Wir bleiben beim Thema Bauen: Die Anzahl der im Amt für Bauwesen und Kreisentwicklung erfassten Gesamtvorgänge bewegt sich zwar immer noch auf hohem Niveau, ist aber im Vergleich zum Vorjahr gesunken, vermutlich eine Folge der deutlich gestiegenen Baukosten und Baufinanzierungskosten. Die Höhe der Baugenehmigungsgebühren ist allerdings auch in diesem Jahr gestiegen: Die für 2022 nochmals höher kalkulierten Einnahmen in Höhe von 1.500.000 Euro sind mit der Gesamtsumme von bereits jetzt 1.524.000 Euro schon deutlich überschritten (Stichtag 30.11.2022).

Gebaut wurde auch auf unseren Straßen. Drei Maßnahmen konnten noch vor dem Winter abgeschlossen werden: An der K295 zwischen Neuenkrüge und Borbeck wurde der Radweg auf einer Strecke von 1,8 Kilometern erneuert (Auftragsvolumen: rund 270.000 Euro), an der K142 Wischenstraße wurden die vorhandenen Schäden im Rahmen der Moorstreckensanierung beseitigt (Auftragsvolumen rund 200.000 Euro). Und an der K131 konnten an der Fahrbahnbrücke über den Lehmdermoorgraben die letzten Sanierungsarbeiten am Geländer fertiggestellt werden (Auftragsvolumen rund 50.000 Euro).

Von der Sicherheit unserer Verkehrswege zur Sicherheit der Verkehrsbeteiligten: In diesem Jahr fanden im Rahmen der Präventionskampagne „Komm nicht zu früh, ... in den Himmel!“ sechs Fahrsicherheitstrainings für Motorrad- sowie zwölf Fahrsicherheitstrainings für PKW-Fahrerinnen beziehungsweise -Fahrer statt. 120 Auto- sowie 71 Motorradfahrerinnen und -fahrer nahmen das Angebot der Schulung ihrer Fahrsicherheit an. Zusätzlich wurden im Rahmen des Programms „Fit im Auto“ fünf Fahrsicherheitstrainings für Menschen im Seniorenalter ab 65 Jahren organisiert, vier dieser Termine finden noch statt.

Straßenbaumaßnahmen und Fahrsicherheitstrainings werden von den Einnahmen der kommunalen Verkehrsüberwachung mitfinanziert. Mittlerweile sind zwei Enforcement Trailer, die sogenannten Super-Blitzer, bei uns im Einsatz. In diesem Jahr wurden bisher 1 277 407 Fahrzeuge kontrolliert. Dabei wurden 9 748 Geschwindigkeitsübertretungen festgestellt, 46 Fahrerinnen und Fahrer erhielten ein Fahrverbot. Die Forderungen allein aus den durch die Super-Blitzer festgestellten Verstößen betrugen rund 490.000 Euro. Und noch eine letzte Meldung aus dem Straßenverkehrsamt: Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Zulassungen in 2022 verringert. Bis zum 30. November wurden insgesamt 19 367 Fahrzeuge zugelassen; 3 375 Fahrzeuge weniger als im Vorjahr (22 742).

Die Digitalisierung der Verwaltung nimmt Fahrt auf: Seit Kurzem steht auf der Webseite des Landkreises Ammerland ein neues Serviceportal unter www.ammerland.de/serviceportal zur Verfügung. Auch wenn das Angebot noch überschaubar ist, werden in den nächsten Monaten immer mehr Dienstleistungen digitalisiert über das Portal zugänglich gemacht werden.

Wie immer möchte ich Sie zum Abschluss des Verwaltungsberichts über Mitteilenswertes aus dem Kreisausschuss informieren: Im Juni dieses Jahres hat sich der Betreuungsverein „Rechtliche Betreuungen Ammerland e.V.“ aus den Reihen der im Ammerland tätigen Berufsbetreuerinnen und -betreuer gegründet. Dieser Zusammenschluss wird die Betreuungsstelle bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach dem neuen Betreuungsordnungsgesetz unterstützen, das mit Beginn nächsten Jahres in Kraft treten und erhebliche Mehraufgaben mit sich bringen wird.

Von erheblichen Mehraufgaben durch das Betreuungsordnungsgesetz zu einer weiteren deutlich vorhersehbaren Belastung unseres Landkreis-Teams durch die Wohngeldreform: Zum 1. Januar stehen wir vor der größten Wohngeldnovelle, die es bisher gab. Das Bundesministerium für Wohnen, Stadt-

entwicklung und Bauwesen wird das „Wohngeld Plus“ einführen, um Geringverdienende, Familien sowie Rentnerinnen und Rentner langfristig besser zu unterstützen. Mit einer dauerhaften Heizkostenkomponente pro Quadratmeter sollen auch künftige Energiekostensteigerungen aufgefangen werden. Im Zuge dessen wird mindestens eine Verdreifachung der Zahl der Wohngeldhaushalte erwartet. Dazu dürften voraussichtlich – zumindest in 2023 – zusätzlich viele Anträge eingehen, aus denen zwar kein Wohngeldanspruch resultiert, die aber denselben Verwaltungsaufwand erfordern und negativ beschieden werden müssen. Um den Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung adäquat begegnen zu können, wurden zunächst zwei weitere Vollzeitstellen beantragt. Es bleibt entgegen der Erfahrungen aus den bisherigen Novellen zu hoffen, dass der Gesetzgeber dieses Mal ernst macht und die Antragsverfahren – wie angekündigt – unbürokratisch regelt. Ich habe da so meine Zweifel, ob dies gelingt!

Gut gelungen angesichts des überall vorherrschenden Themas Energieversorgung ist die Auswahl des Festredners für den Neujahrsempfang: Wir konnten mit dem EWE-Vorstandsvorsitzenden Stefan Dohler DEN Energie-Enthusiasten schlechthin gewinnen. Sein Thema: „Digital und klimaneutral in die Zukunft – Chancen für das Ammerland“.

Bedanken möchte ich mich bei Ihnen für das Vertrauen, dass Sie mir seit über einem Jahr entgegenbringen und für die konstruktive Zusammenarbeit im Sinne des Ammerlandes! Ich wünsche Ihnen, dass Sie in diesem Jahr intensiv genießen können, was in den Corona-Jahren verboten war: die Weihnachtsmärkte, das adventliche Zusammenstehen, die Weihnachtsfeiern. Ihnen allen frohen Weihnachten im Kreis Ihrer Lieben, einen guten Rutsch in ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2023 mit hoffentlich weniger Krisen!